



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 24.04.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 15.04.2013, 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Franz Philippi SPD

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Yvonne Gebauer FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Angelika Link-Wilden	auf Vorschlag der Linken
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Frau Katrin Gutknecht	auf Vorschlag der FDP
Frau Claudia Klein	auf Vorschlag der FDP
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrates

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz
Frau Anna Gazel Ugurlu

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
--------------------	--------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Ekrem Ceylan	auf Vorschlag des Integrationsrates

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold
Frau Christiane Mauritz

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Die Verwaltung teilt mit, dass die letzten beiden Ausgaben der Schulpost ausgelegt wurden.

Zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet darum, die Präsentation zum TOP 5.2.1 „**Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der GE Kapazitäten in Köln in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16**“ an den Anfang der Sitzung vorziehen zu dürfen.

Frau Manderla merkt an, dass sie in der vorangegangenen Woche darüber informiert wurde, dass eine Präsentation zum Thema im Schulausschuss erfolgen solle. Bereits am Tag darauf seien sämtliche Zahlen in der Zeitung veröffentlicht worden. Sie ist verärgert darüber, dass die Ratsmitglieder die Fakten zunächst aus der Zeitung erfahren und nicht als erstes informiert werden.

Frau Dr. Klein erklärt dies damit, dass die Medien sich die entsprechenden Informationen anscheinend aus dem Netz heruntergeladen haben, da die Ausschussunterlagen mit Ausnahme des nichtöffentlichen Teils dort für jeden sichtbar nach Freigabe zur Einsichtnahme hinterlegt werden. Wenn man erreichen will, dass die Politik die Fakten als erstes erfährt, dann müsse man darüber nachdenken, ob dieser Service für die Bürger in Zukunft erst nach dem Sitzungstermin zur Verfügung gestellt wird.

Die Tagesordnung wurde darüber hinaus wie folgt **ergänzt**:

- Die Beantwortungen unter **TOP 2.1.2 bis 2.1.8** (davon die Letztgenannte als **Tischvorlage**),
- die neue Anfrage unter **TOP 2.2.1** (als **Tischvorlage**),
- die Vorlagen unter **TOP 4.4**. Auf der ausgelegten aktualisierten Tagesordnung ist unter **TOP 4.5** ein zusätzlicher Punkt zur Zukunft der Schulsozialarbeit aufgeführt. Diese Vorlage wurde **nicht mehr freigegeben** und folgt erst in der Juni-Sitzung.
- Zur Mitteilung 3880/2011 unter **TOP 5.2.4** wurden im Rechnungsprüfungsausschuss Nachfragen gestellt. Die Mitteilung wurde daraufhin **in die Juni-Sitzung** verschoben, zu welcher die entsprechende Beantwortung als Anlage vorgelegt wird.
- Neu sind auch die Mitteilungen **TOP 5.2.2 und 5.2.5 bis 5.2.10** (davon **5.2.8 bis 5.2.10 als Tischvorlagen**), sowie
- die Bewerbungen von **TOP 10.3 bis 10.5**.
- Auch eine zusätzliche **Anlage 3 zum TOP 11.5** wird **als Tischvorlage** vorgelegt.

Den Änderungen der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0.1 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin
- 0.2 Präsentation zu TOP 5.2.1 Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2.1 Frühere Anfragen
 - 2.1.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010
Nachfragen von Herrn Thelen aus der Sitzung vom 21.01.2013, TOP 5.1.3 0676/2013
 - 2.1.2 Sanierung von Schulgebäuden
mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung am 04.03.13, TOP 6 1186/2013
 - 2.1.3 Verfahrensstand Baumaßnahme Albertus-Magnus-Gymnasium Ottostraße 1200/2013
 - 2.1.4 Lehrerparkplätze an Schulen 1142/2013
 - 2.1.5 Mittelfristige Investitionsplanung bei Schul- und Verwaltungsbauten
Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2013, AN/0366/2013 1056/2013
 - 2.1.6 Schulbaumaßnahmen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung
Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 29.10.2012 und 04.03.2013 1184/2013
 - 2.1.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Fehlende Gesamtschulplätze 1253/2013

- 2.1.8 Anfrage von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, : Lise-Meitner-Gesamtschule,
Fachräume Werken
1285/2013
- 2.2 Neue Anfragen
 - 2.2.1 Konsequenzen der Umwandlung des Schulstandortes Dellbrücker Mauspfad
AN/0493/2013
- 3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**
- 4 Vorlagen der Verwaltung**
 - 4.1 Schulsozialarbeit an Grundschulen - Gewährung von Zuschüssen in 2013
0159/2013
 - 4.2 Einrichtung des Erweiterungsbaues für den Ganzttag und der Bibliothek des
Stadtgymnasiums Porz, Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln
0580/2013
 - 4.3 Einrichtung eines Aufbaubildungsganges: Existenzgründung am
Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln
0619/2013
 - 4.4 Ergänzender Planungsbeschluss für die Baumaßnahme des
Ganztagsbereichs der Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Str. 50,
50935 Köln wegen Kostensteigerung
3235/2012
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden
 - 5.2 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.2.1 Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten in
Köln in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16
1152/2013
 - 5.2.2 Steigende Geburten-, Kinder- und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche
Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus
1158/2013
 - 5.2.3 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und
Weiterbildung im Jahr 2012
0583/2013

- 5.2.4 frei
- 5.2.5 Modellprojekt Hausmeistergehilfen/Schulassistenten für Menschen mit Behinderungen
1263/2013
- 5.2.6 Aktueller Planungsstand schulorganisatorischer Maßnahmen mit Blick auf ausgewählte Förderschulen Lernen
0722/2013
- 5.2.7 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013
- 5.2.8 Kölner Bündnis für Familien - Forum Familie 2013 am 17. Mai 2013 im Historischen Rathaus Köln - Piazzetta
1250/2013
- 5.2.9 Voraussichtliche Aufnahmen an den weiterführenden Schulen in Köln zum Schuljahr 2013/14
1252/2013
- 5.2.10 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm
1084/2013

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

9.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

9.2 Mitteilungen der Verwaltung

9.3 Bericht aus dem Unterausschuss Ganztage

10 Personalien

10.1 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der Gemeinschaftsgrundschule Overbeckstr. in Köln-Ehrenfeld
0893/2013

- 10.2 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der Montessori-Grundschule
Am Pistorhof 11 in Köln-Ossendorf
0893/2013/1
- 10.3 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der Gemeinschaftsgrundschule
Bachemer Str. in Köln-Lindenthal
0893/2013/2
- 10.4 Besetzung der Stelle Oberstudiendirektor/in am Stadtgymnasium in Köln-Porz
0893/2013/3
- 10.5 Besetzung der Stelle Oberstudiendirektor/in an der Königin-Luise-Schule in
Köln Altstadt-Nord
0893/2013/4

11 Vorlagen

- 11.1 Abschluss eines zweijährigen Rahmenvertrages über die Lieferung von
Lizenzen, Lizenz-Updates und Software-Pflege der Anwendung
logoDIDACT® /RemboMySHN®
0179/2013
- 11.2 Abschluss eines Rahmenvertrages für Lehr- und Lernmittel
1042/2013
- 11.3 Abschluss eines Rahmenvertrages für Servicearbeiten an Schultafeln der
städtischen Schulen
1043/2013
- 11.4 Rahmenvertrag zur Wartung und Inspektion von Sportgeräten in Turnhallen
der städtischen Schulen
1046/2013
- 11.5 Neubau Mensa und Betreuungsräume als Erweiterung des Schulzentrum
Realschule und Gymnasium Ostheim, Hardtgenbuscher Kirchweg 100,
51111 Köln-Ostheim
4590/2012

12 Anfragen

- 12.1 Frühere Anfragen
- 12.2 Neue Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

Frau Manderla verpflichtet **Frau Angelika Link-Wilden** auf Vorschlag der Fraktion Die Linke als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 1, Sätze 7 bis 12 der Gemeindeordnung NRW mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

0.2 Präsentation zu TOP 5.2.1 Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten

-Niederschrift hierzu siehe unter TOP 5.2.1-

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010 Nachfragen von Herrn Thelen aus der Sitzung vom 21.01.2013, TOP 5.1.3 0676/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Sanierung von Schulgebäuden mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung am 04.03.13, TOP 6 1186/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.3 Verfahrensstand Baumaßnahme Albertus-Magnus-Gymnasium Ottostraße 1200/2013

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.4 Lehrerparkplätze an Schulen 1142/2013

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt es, dass man an diesem Thema weiterarbeitet und erinnert an die Diskussion im Finanzausschuss, welche gezeigt habe, dass die Rechte der Schulen durch die geplanten Maßnahmen nicht nur beschränkt werden sollen. Er schlägt deshalb vor, die Schulen an den Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung prozentual zu beteiligen. Bei der Umsetzung muss die Verwaltung ein einfaches System schaffen, das nach Möglichkeit ohne fremde Betreiber auskommt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass als positives „Bonbon“ für die Schulen die parallele Einführung des Job-Tickets für Lehrer vorgesehen war und fragt dazu nach dem Sachstand.

Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, weiß von der Gesamtschule Holweide, dass es dort kaum Behindertenparkplätze gibt. Sie fordert deshalb, bei der Parkraumbewirtschaftung an allen Schulen eine deutliche Ausweitung der Behindertenparkplätze mit einzuplanen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, sieht in der Beantwortung keine hinreichende Antwort auf die gestellten Fragen. Durch eine Bewirtschaftung der vorhandenen Parkplätze rund um die Kölner Schulen verschärfe sich das Problem mangelnden Parkraums im Umfeld der Schulen. Er befürchtet, dass viele Ehrenamtliche durch fehlende oder kostenpflichtige Parkplätze abgeschreckt werden. Deshalb müsse man sich die Frage stellen, ob ein Umbau überhaupt sinnvoll ist. Auch einer Beteiligung der Schulen an den Einnahmen kann er nichts Positives abgewinnen, weil dies sich in höheren Gebühren für die Lehrer, die einen Parkplatz haben möchten, ausdrücken muss. Dass genügend Behindertenparkplätze vorhanden sein müssen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein, die nicht extra gefordert werden müsse.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.5 Mittelfristige Investitionsplanung bei Schul- und Verwaltungsbauten Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2013, AN/0366/2013 1056/2013

Die Beantwortung wurde zusammen mit der Beantwortung unter TOP 2.1.6 behandelt und zur Kenntnis genommen (*zu den Ausführungen und Nachfragen siehe dort*).

2.1.6 Schulbaumaßnahmen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung
Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, aus der
Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 29.10.2012
und 04.03.2013
1184/2013

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist die Antwort zu unpräzise. Sie möchte endlich die konkreten Prioritäten für den Schulbau mitgeteilt bekommen: Wie sollen die Schulbaumaßnahmen in den nächsten Jahren aussehen? Sie erwartet darauf separate Antworten für die einzelnen Maßnahmen. Die vorgelegte Antwort beziehe sich dagegen nur auf die geplanten Neu- und Erweiterungsbauten.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bemängelt, dass er erst nach 6 Monaten eine Antwort auf die von ihm gestellten Fragen bekommt. Die Fragen seien inhaltlich nicht beantwortet worden. Er hatte nach einer Übersicht über die Maßnahmen mit den konkreten Kosten und ggfs. geplanten Einsparungen gefordert. Insbesondere rügt er, dass er keine eigene Antwort auf seine eigenen Fragen erhalten habe, sondern nur deshalb, weil gerade aktuell die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine ähnliche Frage gestellt haben, die von der Verwaltung unverzüglich beantwortet werde.

Frau Dr. Klein bittet, die Präsentation zu Beginn der Sitzung zu TOP 5.2.1 als Ergänzung zu den Beantwortungen mit zu berücksichtigen. Bei den von den Ausschüssen und vom Rat beschlossenen Baumaßnahmen habe man mit dem Beschluss Erwartungen geweckt, die man nicht durch nachträgliche Einschränkungen und Rücknahmen enttäuschen könne. Einsparungen sind bei den beschlossenen und geplanten Baumaßnahmen nur möglich, wenn man sich für die Prozesse mehr Zeit nehmen kann. Die Verwaltung ist bei allen geplanten Maßnahmen darum bemüht, die wirtschaftlichste Lösung durch die weitere Nutzung bereits bestehender Standorte zu erreichen. Dabei ist in jedem Einzelfall eine individuelle Feinarbeit und Feinjustierung sowohl mit den Schulen als auch mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erforderlich. Die Errichtung von Ganztagsplätzen steht bei der Liste der Prioritäten für Investitionen ganz oben.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vermisst eine **Prioritätenliste** und bittet die Verwaltung, eine solche schriftlich vorzulegen. Er geht davon aus, dass die Verwaltung keinen Unterschied bei der Beantwortung von Anfragen macht, welche Person oder welche Fraktion die Frage stellt.

Frau Dr. Klein bestätigt dies.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, vermisst die Transparenz bei Baumaßnahmen. Prioritätenlisten müssten zusammen mit den Schulen erarbeitet werden, damit diese auch eine Planungssicherheit haben.

**2.1.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Fehlende Gesamtschulplätze
1253/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.8 Anfrage von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, : Lise-Meitner-Gesamtschule,
Fachräume Werken
1285/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

**2.2.1 Konsequenzen der Umwandlung des Schulstandortes
Dellbrücker Mauspfad
AN/0493/2013**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Schulsozialarbeit an Grundschulen -
Gewährung von Zuschüssen in 2013
0159/2013**

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist im Zusammenhang mit der Vorlage auf den unumstrittenen Wert der Sozialarbeit an Schulen hin. Deshalb hat man im Rat auch eine entsprechende Resolution auf den Weg gebracht, dass man an den Bund appelliert, den Fortbestand der Schulsozialarbeit zu sichern. Sie möchte deshalb wissen, wie es ab dem Ende dieses Jahres in diesem Bereich weitergehen soll.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass man insgesamt 93 Stellen für Schulsozialarbeit an den Kölner Schulen befristet bis zum Ende des Jahres 2013 und finanziert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellt hat. 60 Stellen davon werden von freien Trägern betreut. Es gab viele positive Rückmeldungen und eine hohe Akzeptanz der Schulen dazu. Die Verwaltung hatte eine Vorlage zur Fortführung der Schulsozialarbeit vorbereitet, die aber nicht mehr rechtzeitig zur Sitzung schlussgezeichnet und freigegeben wurde. Sie wird bis zur nächsten Sitzung nochmals überarbeitet, da es verwaltungsintern noch Abstimmungsbedarf gibt.

Frau Manderla hofft, dass man einen Weg findet, dieses sinnvolle Angebot tatsächlich über das Ende der Befristung hinaus an den Schulen auch weiterhin anbieten zu können.

(Anmerkung des Schriftführers: Frau Manderla verlässt um 17.30 Uhr entschuldigt die Sitzung und Herr Philippi, SPD-Fraktion, übernimmt als stellvertretender Vorsitzender die weitere Leitung.)

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, für die kommunale Schulsozialarbeit an Grundschulen in 2013 Zuschüsse in Höhe von 4.451.537,76 Euro zu gewähren.

Die Verteilung dieser Mittel erfolgt an die jeweiligen Träger auf der Grundlage der von ihnen beantragten Mittel, wie in Anlage 1 dargestellt.

Für das Haushaltsjahr 2013 stehen im Teilplan 0604 unter Teilplanzeile 15 entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Einrichtung des Erweiterungsbaues für den Ganzttag und der Bibliothek des Stadtgymnasiums Porz, Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln 0580/2013

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, meint, dass die Bibliothek bereits im April fertig gestellt werde. Da in dem geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Porz von „Inklusion“ die Rede ist, fragt er, ob es bei der Vorlage tatsächlich um die Einrichtung gehe, oder ob auch bauliche Anteile mit beschlossen werden sollen.

Herr Kaven bestätigt, dass seines Wissens die Baumaßnahme bis auf Restarbeiten abgeschlossen sei. Es könne also tatsächlich nur um die Einrichtung gehen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weiß, dass sich im Eingangsbereich am Zugang zur Bibliothek eine Schwelle befindet, die möglicherweise behindertengerecht eingeebnet werden solle.

Frau Dr. Klein verweist auf die Anlagen zur Vorlage (Kostenschätzung und Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes), in welchen die geplanten Einrichtungspositionen abschließend aufgeführt sind. Bauliche Maßnahmen wie etwa die Einebnung einer Stufe seien nicht Gegenstand der Entscheidung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung und Ausstattung des Gymnasiums Humboldtstr. 2-8, 51145 Köln im Rahmen der Baumaßnahme zur Errichtung einer neuen Ganztageseinheit sowie nach Sanierung der Bibliothek im Bestandsgebäude. Die Gesamteinrichtungskosten belaufen sich auf 215.000 €. Die Beschaffung erfolgt im Rahmen des § 82 GO NRW (Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Einrichtung eines Aufbaubildungsganges: Existenzgründung am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln 0619/2013

Frau Hauser, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen anspruchsvollen Bildungsgang handelt, der höchstwahrscheinlich nicht sehr oft gewählt wird und bereits an einer anderen Kölner Schule angeboten wird. Vor diesem Hintergrund möchte sie wissen, ob die Anmeldezahlen das Angebot an einer zweiten Einrichtung rechtfertigen.

Herr Decker führt dazu aus, dass der zweite Bildungsgang an einem kaufmännischen Berufskolleg angeboten wird, während es sich hier um eine gewerblich/technische Schule handelt. Die Inhalte werden entsprechend voneinander abweichen. Die Prognosen für die benötigten Schülerzahlen sehen positiv aus.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bezweifelt, dass an der Technikerschule entsprechendes Lehrpersonal vorhanden ist. Sie geht davon aus, dass dort allenfalls ein/e Lehrer/in in diesem Bildungsgang unterrichten wird. Außerdem möchte sie wissen, ob der Arbeitskreis der Schulleitungen der Berufskollegs bei der Entscheidung über die Einrichtung des neuen Studienganges mit einbezogen wurde.

Herr Decker erwidert, dass die Lehrer/innenversorgung notwendige Voraussetzung für die Einrichtung des neuen Bildungsganges ist. Entsprechende Lehrer/innen seien nach Mitteilung des Schulleiters an dem Berufskolleg vorhanden. Ein Abzug von Lehrkräften aus dem Bereich der Berufsschule sei nicht zulässig. Ob und in welcher Form der Arbeitskreis der Schulleitungen an den Berufskollegs beteiligt wurde, müsse er recherchieren und wird schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Aufbaubildungsganges: Existenzgründung in Teilzeitform gem. § 22 SchulG i.V.m. Anlage E der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK) zum 01.08.2013 am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (BK 17) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Ergänzender Planungsbeschluss für die Baumaßnahme des Ganztagsbereichs der Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Str. 50, 50935 Köln wegen Kostensteigerung 3235/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung* empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, die Fortführung der Planung für den Ganztagsbereich zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung im Rahmen der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben. Bei der Ausführung soll die geltende Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) angewandt werden.

Nach Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtbaukosten für den erforderlichen Erweiterungsbau auf 3.550.100 €

Der Planung ist das in beigefügter Raumlise (Anlage 1) aufgeführte und abgestimmte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

***der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Lindenthal der Vorlage ohne Änderung zustimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

5.2 Mitteilungen der Verwaltung

5.2.1 Vorhaben zur bedarfsgerechten Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten in Köln in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 1152/2013

Frau Dr. Klein, Frau Heuer und Herr Pfeuffer stellen die Vorschläge der Verwaltung zur Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten mit einer Präsentation zu Beginn der Sitzung vor (vgl. Anlage 1).

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass es unstrittig ist, dass Köln zusätzliche Gesamtschulplätze benötigt. Er freut sich, dass die Verwaltung zu der Erkenntnis gekommen ist, dass für die kurzfristige Ausweitung der Gesamtschulplätze die Neuerrichtung von Gebäuden die Ausnahme darstellt. Das Konzept enthalte sowohl unstrittige Punkte, als auch problematische Themen wie beispielsweise der Standort Dellbrücker Mauspfad. Hier könne man darüber streiten, ob tatsächlich ein „überwiegend zustimmender Beschluss“ der beiden vorhandenen Schulen vor Ort vorliegt. Er habe gehört, dass beide die Auflösung und Umwandlung der bisherigen Schulformen bedauern und tatsächlich am Anmeldeverfahren 2014/2015 teilnehmen, was sie zur Bedingung für ihre Stellungnahme machen. Darin könne man auch ein fehlendes Einverständnis mit der jetzt vorgelegten Planung sehen. Hier seien noch weitere Gespräche mit den Schulen erforderlich.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, ruft nochmals in Erinnerung, dass es sich nur um eine Vorab-Mitteilung der Verwaltung handelt, über welche jetzt noch nicht abzustimmen ist. Er sieht die vorgelegte Planung als guten Schritt in die richtige Richtung und seine Fraktion unterstützt das Konzept. Besonders erfreut ist er, dass nicht nur Anmeldezahlen vorgelegt wurden, sondern darüber hinaus konkrete Vorschläge gemacht werden. Zum Dellbrücker Mauspfad merkt er an, dass sich nur Gemeinschaftsschulen umwandeln dürfen, andere Schulformen dürfen das nicht. Es sei ein runder Tisch Mülheim durchgeführt worden, bei dem man eine Bereitschaft zu der vorgeschlagenen Lösung spüren konnte. Es handele sich um einen wichtigen Schritt, der nun weitergeführt werden müsse. Ihn interessiert aber auch die Zukunftsperspektive für die beiden Realschulen in der Innenstadt.

Auch Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, kann in dem Beschluss der beiden Schulen am Dellbrücker Mauspfad keine uneingeschränkte Zustimmung zur Gründung einer Gesamtschule erkennen. Der Schulentwicklungsplan habe seinen Schwerpunkt einseitig auf die Gemeinschaftsschule gelegt und die Realschulen „totgesagt“. Dabei könne man aus den vorgelegten Anmeldezahlen in der Mitteilung 5.2.9 erkennen, dass die Realschulen zugelegt haben, während die Gemeinschaftsschule Ferdinandstraße nur 73 Anmeldungen hat und die Gemeinschaftsschule Wuppertaler Straße 84 Anmeldungen. 73 Anmeldungen sind gerade die benötigte Mindestzahl für die 4-Zügigkeit. Vor diesem Hintergrund müsse offen darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinschaftsschule im Vergleich zu den Gesamtschulen in Köln ein Auslaufmodell ist, genauso wie das Modell der Sekundarschule nicht auf Köln übertragbar war. Frau Gebauer plädiert dafür, die Schulen nicht gegeneinander auszuspielen, nur weil das vorhandene bauliche Angebot genutzt werden muss. Wenn man so etwas unter „pragmatischen und findigen Lösungsansätzen“ versteht, dann seien die Voraussetzungen nicht erfüllbar. Die angeschlagene Haushaltslage der Stadt Köln dürfe nicht dazu genutzt werden, bauliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, weist darauf hin, dass der Sek II-Bereich besonders von den Vorschlägen betroffen ist und befürchtet, dass man durch den Ausbau der Gesamtschulen die Berufskollegs schmälert und schwächt, weil 80% von deren Schülern aus den Haupt- und Realschulen kommen. Somit sei die weitere Existenz der vollzeitschulischen Bildungsgänge durch die vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen. Sie bittet darum, eine qualitativ hochwertige Schulpolitik in der Sekundarstufe II zu entwickeln und in den Vordergrund der Überlegungen zu stellen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich für die Präsentation der Verwaltung und begrüßt im Namen seiner Fraktion, dass der Ausbau der Gesamtschulen vorangetrieben wird. Insbesondere der geplante Ausbau der Gesamtschulen im Linksrheinischen und in der Innenstadt wird besonders begrüßt. Zur Einrichtung einer Gesamtschule in Dellbrück seien noch detaillierte Prüfungen erforderlich. Die Interessen der Real- und der Hauptschule vor Ort sollen nicht unberücksichtigt bleiben. Für ihn kommt eine Abschaffung der Haupt- und der Realschule an diesem Standort nicht in Frage. Ihm wurde berichtet, dass die Bürgerinitiative „Selbständige Gesamtschule sofort“ die Leitungen der Realschule und der Hauptschule zu dem Podiumsgespräch nicht eingeladen hatte.

Frau Dr. Klein bestätigt dies und bekräftigt, dass die Verwaltung im Gegensatz dazu intensive Diskussionen mit den Schulen um diesen Standort führt und sämtliche Beschlüsse transparent gemacht hat. Der vorgelegte Vorschlag sei das Ergebnis einer Abwägung und ist derzeit noch nicht beschlossen. Zur Frage der personellen Kontinuität führt sie aus, dass die Veränderungen mit der Bezirksregierung diskutiert werden. Die Bezirksregierung muss sich bei der Stellenbesetzung an Recht und Gesetz halten, hat aber ihre größtmögliche Unterstützung zugesagt. In Bezug auf die aktuellen Anmeldezahlen bestätigt sie, dass die Gemeinschaftsschulen anscheinend nicht die erwartete Nachfrage haben. Das könnte daran liegen, dass manche Eltern die Debatten leid sind und die Realschulen gewählt haben. Es scheint eine allgemeine Zurückhaltung gegenüber einem Schulversuch zu geben. In diesem Bereich ist eine Steuerung nur bedingt möglich. Die Verwaltung wird den Elternwillen vorrangig berücksichtigen. Die von Frau Riedel vorgetragene Bedenken der Berufskollegs sind zwar theoretisch nachvollziehbar, praktisch steigt jedoch mit den ansteigenden Kinder- und Schüler/innen-Zahlen auch die Bildungsnachfrage. Frau Dr. Klein hat deshalb keine Sorge, dass die Berufskollegs ausbluten könnten. Sie geht eher von einem steigenden Bedarf in diesem Bereich aus. Die Prognosen in Bezug auf die

Nachfrage nach Realschulplätzen erweisen sich als schwierig, weil eine Prognose um die Schulformen bereinigt werden muss, die jetzt schließen. So konnte etwa der Rendsburger Platz in die jetzt vorgelegte Untersuchung nicht mit aufgenommen werden.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, fordert, dass die Verwaltung bedarfsgerechte und zukunftsgerichtete Lösungen anbieten muss und die Vielfalt der Kölner Schullandschaft dabei im Blick behalten soll. Die Forderung, dass nun viele Gesamtschulplätze angeboten werden sollen, erfordert umfangreiche Gedanken über die Umsetzung. Wenn man dies an vielen Standorten erreichen möchte, dann darf das nicht zu Lasten der Anforderungen an die Qualität gehen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass man sich in Bezug auf die Umsetzung derzeit noch mitten in der Diskussion befindet. Man versucht dabei, ein höheres Angebot vornehmlich über die Prüfung von Teilstandorten zu erreichen. Die Schulen hätten bereits ihre Bereitschaft signalisiert, auch an 2 Standorten zu operieren.

Frau Heuer zieht einen Vergleich zum Umland: Die Stadt Leverkusen betreibt bereits mit Erfolg Schulen mit Teilstandorten. Die Möglichkeit einer Umsetzung in Köln wird jedoch stets mit den Schulen zusammen geprüft.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Gesamtbaumaßnahmen ein Gesamtvolumen von ca. 1 Milliarde Euro haben. Die Verwaltung hat zugesagt, dass sie „vor allem pragmatische und findige Lösungsansätze“ sucht. Ihr fehlt dabei die pädagogische Sicht. Wenn man vorhabe, Dependancen zu bilden, dann muss im Einzelfall genau betrachtet werden, ob das auch pädagogisch die richtige Lösung ist. In diese Entscheidung ist die Politik frühzeitig mit einzubinden, bevor endgültige Beschlüsse über die Umsetzung der Vorschläge gefasst werden.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass die ersten Beschlussvorlagen nach den Sommerferien in den Gremien vorgelegt werden, wenn die Gespräche mit den betroffenen Schulen erfolgt sind.

Frau Manderla bittet darum, auch das Handwerk in Form von Kooperationen mit einzubeziehen, vergleichbar mit den bestehenden Kooperationen der Hauptschulen mit dem Handwerk.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass sich der Lenkungskreis „Neues Übergangssystem Schule-Beruf“ Anfang Mai zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfinden wird und die Anregungen dann aufgreifen wird.

5.2.2 Steigende Geburten-, Kinder- und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus 1158/2013

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat einmal die absoluten Zahlen miteinander verglichen und meint, dass hier die grafische Darstellung falsch sei: Möglicherweise habe man hier die hohen Werte durch Schieben oder Ziehen der Grafik ungleichmäßig verschoben.

Herr Pfeuffer kennt diese Funktion als ein gebräuchliches Mittel zur Verschiebung von Statistiken, beharrt aber darauf, dass dieses hier **nicht** angewandt wurde. Tatsächlich sei in Köln ein deutlicher Geburtenzuwachs gemessen worden, der sich wie eine Welle durch die nächsten Jahre in den Bedarfsstatistiken ziehen werde und einen steigenden Bedarf zunächst bei KiTa-Plätzen und dann auch bei den Schulen

auslöse. Wenn man mögliche Wegzüge aus der Stadt mit berücksichtigt, so muss man mindestens von konstant hohen Zahlen, möglicherweise sogar von weiteren Steigerungen ausgehen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die Schulentwicklungsplanung keine Taschenspielertricks nötig habe, um den gestiegenen Bedarf an U3-Plätzen und später dann auch in den Schulen zu begründen. In Köln gibt es weiterhin steigende Geburtenzahlen. Bei den vorgelegten Statistiken handelt es sich auch nicht um Geburtsprognosen, sondern um bereits geborene Kinder.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, freut sich darauf, demnächst in der jungen Stadt Köln zu leben. Sie bezweifelt jedoch, dass der Trend so anhält und empfiehlt, die Zahlen regelmäßig zu überprüfen und die entsprechenden Landesprognosen zum Vergleich heranzuziehen.

Herr Pfeuffer erläutert, dass die Landesprognosen alle 2-3 Jahre aktualisiert werden und sich auch schon einmal verändern. Sie beziehen sich auf riesige Gebiete und stehen kleinräumig bezogen auf Köln nicht zur Verfügung. In Köln waren im Unterschied dazu dramatische Veränderungen in jährlichen Zeiträumen messbar.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, weist darauf hin, dass die Katholische Kirche zwei Schulen u.a. am Krieler Dom verlagert hat und schlägt vor, zu prüfen, ob sich die Gebäude für eine städtische Schule oder Kindertagesstätte eignen.

Frau Dr. Klein nimmt diese Anregung gerne auf.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.3 Jahresbericht über die Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung im Jahr 2012 0583/2013

Frau Paffen, SPD-Fraktion, bedankt sich für die vorgelegten Sachstandsberichte zu den Entscheidungen aus dem vergangenen Jahr und möchte wissen, ob es tatsächlich kein einziges Kreuz in der Spalte „...ist nicht (mehr) möglich.“ gab.*

Die Verwaltung bestätigt dies, da sich die Spalten gegenseitig ausschließen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat beim Ausdrucken der Vorlage aus dem Internet festgestellt, dass man auf Grund von einem Formatierungsfehler einige Ausführungen nur teilweise lesen kann.

(Anmerkung des Schriftführers: Das liegt daran, dass eine Excel-Tabelle fehlerhaft in ein pdf-Dokument umgewandelt wurde. Die Vorlage wird in korrekter Formatierung als Anlage 1 der Niederschrift erneut beigelegt mit der herzlichen Bitte, die fehlerhafte Endkontrolle zu entschuldigen.)

Herr Thelen bittet um genauere Informationen zum Sachstand der Außenstelle für die Montessorischule, sowie zu den aktuellen Sachständen für die Vorlagen / Entscheidungen 2844/2012 auf Seite 3 (Gymnasium Pesch), AN/0888/2007 auf Seite 17 (Höhenberg-Vingst) und zur Nutzung des Schulgebäudes an der Nürnberger Straße/Schulstraße.*

Herr Kaven kann aktuell zu den angefragten Maßnahmen keine Stellungnahme abgeben, weil es sich um eine Mitteilung aus der Schulverwaltung handelt.

Frau Dr. Klein weiß davon, dass sowohl die Hauptschule, als auch die Grundschule in der Nürnberger Straße das Schulgebäude vorläufig für ein außerunterrichtliches Angebot nutzen, bis über das weitere Verfahren entschieden ist.

Frau Jahn möchte wissen, ob vor dem Hintergrund der Haushaltslage ein Neubau erforderlich sei.*

Frau Heuer erklärt, dass die Verwaltung derzeit eine kreative Lösung suche. Eine Sanierung des Gebäudes wäre richtig teuer.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, liest zu Vorlage 3326/2011 (Riphanstr.) auf Seite 8, dass die „Vorbereitungen mit Nachdruck laufen“. Sie möchte wissen, wann und in welchem Zeitrahmen mit einer Umsetzung der Maßnahme zu rechnen ist.

Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, fragt zur „Ausweitung des Rucksack-Projektes“ (1779/2006 auf Seite 9), ob noch mit einer Ausweitung des erfolgreichen Projektes zu rechnen ist.

Frau Dr. Klein erklärt, dass das Rucksack-Projekt mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen hat. Nur mit zusätzlichen Drittmitteln sei ein Ausbau noch denkbar.

(: Auf Grund einer Beschädigung des Tonträgers musste bei der Niederschrift auf die nicht ganz lückenlosen Mitschriften der 3 anwesenden Protokollführer zurückgegriffen werden. Frau Paffen, Herr Thelen und Frau Jahn wurden per E-mail aufgefordert, ihre Fragen zum Jahresbericht neu formuliert nachzureichen, haben davon aber bis zur Freigabe der Niederschrift keinen Gebrauch gemacht.)*

5.2.4 frei

5.2.5 Modellprojekt Hausmeistergehilfen/Schulassistenten für Menschen mit Behinderungen 1263/2013

Herr Philippi bedauert für seine Fraktion die Einstellung dieses Projektes und ist darüber enttäuscht.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die Notwendigkeit unstrittig sei. Der Landschaftsverband habe bei der Stadt Köln angefragt, ob diese das Projekt übernehmen könne, doch könne man einen Fortbestand nicht sichern, weil es sich dabei nicht um eine Pflichtaufgabe handelt.

Frau Kellinghaus-Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, merkt an, dass sich sowohl an diesem Projekt, wie auch an der Schulsozialarbeit, zeige, dass man bei der Stadt Köln immer wieder gute neue Projekte gründe und beginne, aber dann nicht für die Fortführung sorgen könne. So könne keine Qualität garantiert werden.

Herr Philippi hofft auf eine Lösung zur weiteren Sicherstellung dieses erfolgreichen und sinnvollen Projektes.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2.6 Aktueller Planungsstand schulorganisatorischer Maßnahmen mit Blick auf ausgewählte Förderschulen Lernen 0722/2013

Frau Dr. Klein entschuldigt die kurzfristige Vorlage dieser Mitteilung, die als Vorabinformation zu den rückläufigen Entwicklungen bei den Anmeldezahlen für die Förderschulen Lernen zu verstehen ist. Zunächst ist bei den Anmeldezahlen von 2012/2013 im Vergleich zum Schuljahr 2007/2008 ein Rückgang um 23% festzustellen. Dann muss man wissen, dass die Mindestschüler/innenzahl für eine Förderschule Lernen 144 Schüler/innen beträgt. Darunter ist ein geordneter Schulbetrieb nicht durchführbar. Die André-Thomkins-Schule an der Holweider Straße in Mülheim hat mittlerweile nur noch 173 Schüler/innen, der Thymianweg 144. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, die Schule am Thymianweg zu schließen, beide Schulen am Standort Thymianweg zusammenzuführen und das bisherige Schulgebäude der André-Thomkins-Schule künftig für eine andere Schulform zu nutzen. In Ehrenfeld gibt es an der Leyendecker Straße nur noch 124 Schüler/innen und am Kolkrabenweg 160. Hier wird vorgeschlagen, beide Schulen im Schulgebäude Leyendecker Straße zusammenzuführen. Die Schule in der Kretzer Straße in Nippes hat aktuell nur noch 154 Schüler/innen. Hierzu wird eine auslaufende Schließung der Schule ab 2014/2015 und Überführung in eine 2-zügige Grundschule vorgeschlagen. Entsprechende Beschlüsse sollen zu den nächsten Sitzungen des Schulausschusses vorgelegt werden.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass lediglich eine der Förderschulen Lernen die vorgeschriebene Mindestschüler/innenzahl von 144 Schüler/innen nicht erreicht und fragt sich, ob eine solche Mindestanzahl überhaupt sinnvoll ist. Er schlägt stattdessen vor, die Schülerzahlen weiter zu beobachten und abzuwarten, ob sie tatsächlich auch an den anderen Schulen unter die Mindestanzahl sinken. Er gibt zu bedenken, dass der Thymianweg einen erweiterten gebundenen Ganztag hat und befürchtet, dass die sinnvollen berufsorientierten Maßnahmen an der Schule bei einer Schließung dieses Standortes wegfallen würden. Er bittet um Auskunft, ob man die Anfrage der Elternschaft des Thymianweges bereits beantwortet habe.

Frau Dr. Klein erwidert, dass ein bloßes Abwarten nicht genügt, weil ein klarer Trend erkennbar ist, der ein frühzeitiges Reagieren erforderlich macht. Am Thymianweg sind hohe Investitionen erfolgt, sodass man diesen Standort nicht aufgeben sollte. Das bedeutet aber nicht, dass man an dieser Stelle nicht die André-Thomkins-Schule mit der bisherigen Schule zusammenführen könne. Das Schreiben der Eltern sei bisher noch nicht beantwortet worden.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass aus den Vorstatistikdaten bereits jetzt ablesbar ist, dass die Schule am Thymianweg auch im kommenden Schuljahr unter 144 Schüler/innen haben wird. Die demografischen Daten seien vergleichbar mit einem umgedrehten Tannenbaum. Wenn nun die starken Jahrgänge abgehen, dann wird dieser Trend noch fortgeführt. Hier ist eine aktive Begleitung erforderlich, um starke zukunftsfähige Systeme zu schaffen, die gut arbeiten können.

Frau Heuer lobt das Programm der Schule zur Berufswahlvorbereitung als Unterstützungssystem, das auf die anderen Regelschulen ausstrahlt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, lobt im Namen seiner Fraktion sowohl das Verfahren dieser Vorabmitteilung, als auch deren Inhalt, da der Wille zum

Ausbau der Inklusion notwendigerweise zur Schließung zu kleiner Standorte von Förderschulen führt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, erwidert, dass man durchaus geteilter Meinung darüber sein kann, ob die notwendige Fachlichkeit zur Begleitung der Schüler/innen von Förderschulen an den anderen Schulen besser vorhanden ist. In diesem Zusammenhang müsse besonders der Elternwille berücksichtigt werden. Ob dies bei der vorgelegten Mitteilung berücksichtigt wurde, könne er nicht erkennen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2.7 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2.8 Kölner Bündnis für Familien - Forum Familie 2013 am 17. Mai 2013 im Historischen Rathaus Köln - Piazzetta
1250/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2.9 Voraussichtliche Aufnahmen an den weiterführenden Schulen in Köln zum Schuljahr 2013/14
1252/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2.10 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm
1084/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, fragt zum Thema „**Mottowoche**“: In den letzten Jahren berichtete die Presse regelmäßig über Sachbeschädigungen und andere Delikte im Rahmen der sogenannten „Mottowochen“.

1. Wie hoch sind die Kosten in diesem Jahr, die die Stadt für Reinigungen und Reparaturen als Folge von Aktionen in der Mottowoche tragen muss?

2. Welche Maßnahmen sind für die Folgejahre geplant, um Sachbeschädigungen zu minimieren

a) hinsichtlich der Einschaltung von Wachdiensten an besonders gefährdeten Standorten?

b) hinsichtlich einer konzertierten Aktion mit den Schulleitungen und der Polizei?

- c) hinsichtlich geeigneter Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit im Vorfeld?
- d) hinsichtlich der Unterstützung von Schulen bei präventiven Maßnahmen?

Frau Dr. Klein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Stadt Köln die Geschädigte der Beschädigungen während der Mottowoche ist. Man stehe dazu in engstem Kontakt mit der Polizei und wird nicht davor zurückschrecken, bekannt gewordene Täter/innen in Regress zu nehmen. Hinsichtlich der Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen sei nicht die Stadt Köln der direkte Ansprechpartner. Vielmehr handelt es sich dabei um eine schulinterne Diskussion, die aktiv zu führen ist und zu welcher der Schulträger konkrete Konzepte von den Schulen erwartet.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innen-Vertretung, sieht die Gründe für die Aggressionen gegenüber der Schule im Verhalten einzelner Lehrer.

Frau Klein, sachkundige Einwohnerin, fragt für die FDP-Fraktion:

- 1.) Aus welchem Grund taucht bei dem **vorgezogenen Anmeldeverfahren** der Stadt Köln zum Schuljahr 2013/2014 neben den Schulformen Gesamtschule und Gemeinschaftsschule auch die Schulform Sekundarschule auf, obwohl es in Köln keine Sekundarschule im Bestand gibt und eine Umfrage bei der Elternschaft an Grundschulen ergeben hat, dass nur 2 % der befragten Eltern von Viertklässlern für ihr Kind einen Übergang an diese Schulform wünschen?
- 2.) Welche Gründe waren ausschlaggebend, dass für das **verkürzte Anmeldeverfahren** für das Schuljahr 2012/2013 neben der Gesamtschule das Gymnasium noch benannt wurde, im neuen vorgezogenen Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2013/2014 aber das Gymnasium nicht mehr aufgeführt ist?
- 3.) Mit welchen **Anmeldezahlen** sind die beiden **Gemeinschaftsschulen** Ferdinandstraße und Wuppertaler Straße gestartet und wie haben sich die Anmeldezahlen in den vergangenen Jahren, beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011, entwickelt?
- 4.) Der Presse war zu entnehmen, dass es eine geringfügige Rücknahme der **Kürzung beim freiwilligen kommunalen Anteil bezüglich des Ganztags** gebe. Was ist darunter genau zu verstehen; was bedeutet das für die Schüler, die zum Schuljahr 2013/2014 eingeschult werden?

Frau Dr. Klein verweist bezüglich der letzten Frage an den Finanzausschuss als richtigen Ansprechpartner. Die anderen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt zum **Teilstandort der Gesamtschule Chorweiler am Holzheimer Weg**:

1. Bei der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl haben 26 % der Eltern angegeben, dass sie ihr Kind gerne an einer Gesamtschule anmelden möchten. Im Stadtbezirk Chorweiler wünschen sich sogar 35 % der Eltern von Viertklässlern einen Gesamtschulplatz für ihr Kind. Welche Vorgehensweise plant die Verwaltung in Bezug auf diese Ergebnisse im Stadtbezirk Chorweiler vor dem Hintergrund, dass die einzige Gesamtschule in Chorweiler bereits seit geraumer Zeit an ihre Kapazitätsgrenze stößt?
2. Die Geburtenzahlen in Köln sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. In den Jahren 2003-2012 um 8 %. Dieses Wachstum wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Hieraus erwächst nicht nur ein höherer Bedarf an Kindertagesstätten,

sondern in der Folge auch an Grund- und weiterführenden Schulen. In Köln werden laut Statistik von 2011-2012 die Anzahl der 6- bis 10-Jährigen um 21 % steigen und die der 10- bis 16-Jährigen um 12 %. Wie will die Verwaltung dieser Entwicklung insbesondere im Hinblick auf die gewünschten Gesamtschulplätze unter Berücksichtigung der versprochenen vorausschauenden Schulplanung im Stadtbezirk Chorweiler Rechnung tragen?

3. Das Land NRW hat vorgeschlagen, die bestehenden Gesamtschulen um Teilstandorte in anderen Gebäuden zu erweitern, um künftig eine nachhaltige und bedarfsgerechte Ausweitung der Gesamtschulkapazität zu ermöglichen. Hat die Verwaltung über eine solche Möglichkeit im Stadtbezirk Chorweiler nachgedacht? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis der Überlegungen? Wenn nein, warum ist dies nicht erfolgt?

4. Die Verwaltung hat flexible und findige Lösungen zur bedarfsgerechten Schulentwicklung angekündigt. Sinnvollerweise sollen bei der Kapazitätserweiterung der weiterführenden Schulen alte Schulgebäude einbezogen und genutzt werden. Wurde bei den in 3.) angeführten möglichen Überlegungen das Gebäude der ehemaligen Hauptschule in Worringen einbezogen? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis? Wenn nein, warum wurde diese Möglichkeit nicht geprüft?

5. Mit welchem Aufwand wäre eine Prüfung der in 4.) angeführten Möglichkeit verbunden?

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte den konkreten **Sachstand der Neubauplanung für die Gesamtschule Nippes am Standort Ossietzkystraße** wissen.

Herr Kaven erklärt, dass die Sanierungsmaßnahme an der Brehmstraße nicht den Umzug der Ossietzkystraße beeinträchtigt. Die Bauzeit betrage 5 Jahre und man rechnet mit der Fertigstellung im Jahre 2018.

Daraufhin bittet Frau Dr. Klein um ein Grundsatzgespräch mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln über diese Thematik.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bezieht sich auf die Sitzung des Finanzausschusses am vorangegangenen Freitag, bei welcher das Thema „Ausbau der Plätze im Offenen Ganztage“ besprochen wurde. Dort war von einem **Betreuungsangebot für die abgewiesenen Schüler/innen** die Rede. Hierzu möchte er wissen, wie man sich dieses Betreuungsangebot vorstellt.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass man an eine Kurzbetreuung als Angebot an die abgewiesenen Schüler/innen denkt, das nicht mit dem echten Ganztage vergleichbar ist. Dies steht allerdings unter der Voraussetzung, dass sowohl die betroffenen Schulen, als auch die Träger ein solches Angebot vor Ort annehmen. Hier ist man mit den betroffenen Schulen derzeit noch in der Diskussion.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, vermisst in den Mitteilungen über den **Ausbau der Plätze im Offenen Ganztage für das Schuljahr 2014/2015** den bisher stets enthaltenen Hinweis darauf, dass das Angebot an die **Landesmittel** gekoppelt ist. Er möchte wissen, ob man hier möglicherweise einen Wegfall der Landesmittel

erwartet. Wenn das so ist, möchte er wissen, wie man trotzdem 1500 neue Plätze zum Schuljahr 2014/2015 anbieten will.

Frau Dr. Klein antwortet, dass man für das Schuljahr 2014/2015 zunächst den konkreten Bedarf ermitteln muss. Einen entsprechenden Ratsbeschluss wird man dann –wie jedes Jahr- im Frühjahr 2014 erwirken. Dieser steht dann wieder unter dem Vorbehalt, dass die entsprechenden Landesmittel bewilligt werden, die dann jeweils schulscharf zu beantragen sind.

7 Verschiedenes

gez. Manderla, 03.05.2013

Vorsitzende

gez. Philippi, 02.05.2013

Stellvertretender Vorsitzender

gez. Bernecker, 03.05.2013

Schriftführer

Anlage 1: Vorlage 0583/2013 in neuer Formatierung

Anlage 2: Beantwortung zu Vorlage 0619/2013 (TOP 4.3)